

Nein zum NATO-Krieg gegen Libyen!

Hände weg von Syrien!

Seit dem 19. März bombardiert eine neue „Koalition der Willigen“ Tag für Tag libysche Städte und Armeeeinheiten. Alle Vermittlungsvorschläge werden ignoriert. Die Kriegsallianz werde seine Luftschläge noch viele Wochen fortsetzen, tönte es vom Außenministertreffen der NATO in Berlin. Das Bündnis werde Libyen so lange angreifen, bis der libysche Machthaber al-Gaddafi verjagt sei, verkündeten am Tag drauf die drei Kriegsherren Barack Obama, Nicolas Sarkozy und David Cameron in einem gemeinsamen, über ausgewählte Medien verbreiteten Kriegsappell.

3.500 Angriffe flog die NATO in acht Wochen Krieg – 60 pro Tag. Sie dienten zu keiner Zeit der Erzwingung eines Flugverbots, kein Flugzeug der libyschen Luftwaffe war nach Verabschiedung der UN-Resolution 1973 in der Luft gewesen. Neben allen Arten von militärischen Zielen werden zunehmend zivile Einrichtungen, wie Häfen oder Telefonanlagen bombardiert. In Tripolis wurde schon in den ersten Tagen eine Klinik getroffen. Die Rechtfertigung, die Bomben dienten dem „Schutz der Bevölkerung“ vor Gaddafis Truppen ist daher blanker Zynismus. Vielmehr versuchen die NATO-Kampffjets den Aufständischen den Weg nach Westen freizuschießen.

Nach zweimal Irak, Jugoslawien, Somalia und Afghanistan führen Nato-Staaten nun den sechsten Krieg seit Beginn der von US-Präsident George Bush sen. 1991 verkündeten „Neuen Weltordnung“.

Der Krieg begann mit Lügen

Der UN-Sicherheitsrat hat mit der „Resolution 1973“ die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung eines Flugverbots und zum Schutz der Zivilbevölkerung gebilligt. Mit internationalem Recht, so die meisten Völkerrechtler, ist sie nicht vereinbar. Die UN-Charta untersagt eindeutig eine derartige Intervention. Der Ruf nach einer Flugverbotszone über Libyen wurde damit begründet, die libysche Luftwaffe würde auf friedliche Demonstranten

feuern und Massaker unter der Zivilbevölkerung anrichten. Doch selbst US-Verteidigungsminister Robert Gates gab an, keine Beweise dafür gesehen zu haben. Russische Stellen schließen solche Angriffe auf Basis von Satellitenaufnahmen aus.

Auch westliche Nachrichtenagenturen hegen erhebliche Zweifel an den Berichten der Aufständischen über Angriffe der libyschen Armee auf Zivilisten. „Morgens heißt es“, so ein hochrangiger EU-Vertreter. „dieser und jener Ort ist dem Erdboden gleichgemacht. Mittags ist dann auf einmal alles wieder in Ordnung.“ Selbstverständlich gab es militärische Angriffe von Regierungstruppen auf Aufständische. Doch kämpften diese ebenfalls mit schweren Waffen, um die Kontrolle über diverse Städte zu sichern – es herrschte Bürgerkrieg.

Täglich verbreiten westliche Medien Propaganda über Gräueltaten der Regierungstruppen in der umkämpften Stadt Misurata. Doch während hier von Tausenden Toten die Rede ist, geben die Krankenhäuser weniger als 300 Tote und 1000 Verletzte an. Darunter sind nur 22 Frauen und 8 Kinder, ein deutliches Indiz dafür, dass keine willkürlichen Angriffe auf die Gesamtbevölkerung stattfanden.



Kriegsallianz – fest an der Seite von Despoten

Die engagiertesten Kriegstreiber sind ausgerechnet die Kräfte, die bis zuletzt die Diktatoren in Tunesien und Ägypten unterstützten. Die französische Regierung hat dem tunesischen Machthaber sogar praktische Hilfe bei der Niederschlagung der Demokratiebewegung angeboten. Die Golfmonarchien, die das wichtige Votum der Arabischen Liga für eine Flugverbotszone durchsetzten, marschierten wenige Tage vor der UN-Resolution, mit der sich die USA, Großbritannien und Frankreich die Legitimation zum Krieg verschafften, in Bahrain ein, um die dortige Protestbewegung zu ersticken, und unterdrücken auch im eigenen Land die demokratische Opposition mit brutaler Gewalt.

Kein Schutz für Gaza

Die Mächte, die jetzt angeblich durch Bomben auf Libyens Städte die dortige Zivilbevölkerung schützen wollen, unterstützten 2006 den israelischen Krieg gegen den Libanon und verhinderten Anfang 2009 ein Einschreiten der UNO gegen das eindeutige Massaker Israels im Gazastreifen.

Während SPD, Grüne und zahlreiche Medien für ein militärisches Eingreifen zum Schutz der libyschen Bevölkerung trommeln, töten Nato-Truppen Woche für Woche Dutzende Menschen in Afghanistan und Pakistan. Zur selben Zeit, als die UN-Resolution 1973 verabschiedet wurde, ermordeten die USA über 40 Menschen durch einen Drohnenangriff auf eine Stammesversammlung in Pakistan.



Brennender Bus nach Luftangriff in Bengasi

Wir fordern:

- **Sofortige Einstellung der Bombardierungen – kein Einsatz von Bodentruppen**
- **Beendigung jeglicher deutscher Kriegsunterstützung – Schließung aller ausländischer Militärbasen und -flughäfen**
- **Unterstützung der Initiativen zur Beendigung des Krieges**
- **Auflösung der NATO – Austritt Deutschlands aus dem Militärpakt**



Nach einem Luftschlag gegen libysche Truppen - brennende Fahrzeuge zwischen Adschdabija und Bengasi

Eine solche Kriegsallianz kämpft mit Sicherheit nicht für Demokratie und Menschenrechte. In Libyen sei „der „Grad der Unterdrückung“ nicht „durchdringender und schwerer“ als in anderen autoritär regierten Ländern, schreibt der international geachtete Völkerrechtsexperte und UN-Sonderberichterstatter für die Menschenrechte in Palästina, Richard Falk. „Andere Gesichtspunkte geben eine bessere Erklärung: Zugriff auf und die Preisgestaltung beim Öl, Rüstungsexporte, Sicherheit von Israel und der Bezug zur neo-liberalen Weltwirtschaft.“

Der neue Krieg der NATO wird von einer großen Mehrheit der Staaten in der Welt abgelehnt. Sie glauben nicht, dass er zum Schutz der Zivilbevölkerung geführt wird, sondern für den unmittelbaren Zugriff auf die libyschen Öl- und Gasvorräte.

Die gleichzeitige französische Intervention in der Elfenbeinküste und die forcierte Ausweitung der militärischen Präsenz der USA in Afrika, deuten auf darüber noch hinausgehende Ziele hin: die Sicherung und Ausweitung westlicher Dominanz auf dem gesamten afrikanischen Kontinent, um dessen Rohstoff-Ressourcen ein erbitterter Wettkampf stattfindet.

Die Intervention der neuen „Allianz der Willigen“ im ölexportreichsten Land Afrikas zielt auf einen „Regime Change“ wie im Irak. Er kann leicht ähnlich furchterlich enden wie im Zweistromland, wo in der Folge mehr als eine Million Menschen getötet und über vier Millionen – ein Sechstel der Bevölkerung – zu Flüchtlingen wurden.

Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg

Kundgebung: Samstag, 21. Mai 2011
11 Uhr Hauptstr./St. Annagasse